

## **Außenwirtschaft**

Margot Schüller

### **Japans Unternehmen befürchten negative Auswirkungen der Lohnkostensteigerung**

In einer Befragung japanischer Unternehmen in Asien zur Entwicklung der Lohnkosten durch JETRO (Japan External Trade Organisation) wurde deutlich, dass diese Unternehmen vor allem in China negative Auswirkungen befürchten. Die Befragung erfolgte zusätzlich zu der monatlich durchgeführten Erhebung des „Business Sentiment Survey on Japanese Companies in Asia“ und schloss Antworten von 1.284 Unternehmen ein. Auf die Frage, ob die Unternehmen Bedenken hinsichtlich des Einflusses steigender Lohnkosten haben, antworteten 40% mit „yes, we do“; im Vormonat waren es 37,9% gewesen. Noch höher mit fast 40% (Vormonat 46,4%) fiel der Anteil der Befragten aus, die auch für die kommenden zwei bis drei Monate einen negativen Einfluss befürchten. JETRO zufolge zeigt dies Ergebnis, dass die Unternehmen aufgrund der steigenden Rohstoffpreise in Kombination mit erhöhten Lohnkosten eine Verschlechterung ihrer Gewinnsituation erwarten.

Am stärksten waren die Sorgen der japanischen Unternehmen in Asien in den Regionen Süd- und Ostchina. So hatten 66,7% der befragten Unternehmen in Südchina und 50% in Ostchina Bedenken, dass die Rohstoff- und Lohnkostensteigerung einen negativen Einfluss auf die Gewinne haben

werden. Besser fiel die Bewertung durch japanische Unternehmen in Nordchina (30,5%) und Nordostchina (46,4%) aus.

Steigende Kosten haben nach Einschätzung von Marktbeobachtern bei einer Reihe von vor allem kleineren Unternehmen, die nach Japan exportieren, bereits dazu geführt, dass sie unter einen steigenden Wettbewerbsdruck durch chinesische Unternehmen gekommen sind und ihr Engagement in China überdenken müssen. Bei Unternehmen, die den Binnenmarkt als Absatzmarkt bearbeiten, könnten die steigenden Kosten kompensiert werden.

Trotz dieser Bedenken beabsichtigen nach wie vor viele japanische Unternehmen, in China zu investieren oder ihr Engagement in veränderter Form fortzuführen. So wollen mehr Unternehmen ohne lokalen chinesischen Partner tätig sein und eher chinesische Unternehmen mit einem Vertriebsnetz kaufen als eine Gemeinschaftsproduktion aufbauen.

Einige japanische Textilunternehmen sehen außerdem die möglichen Handelsquoten für Produkte aus China auf dem US- und EU-Markt als Problem an. Um nicht in die Handelsstreitigkeiten mit China zu geraten, will beispielsweise das japanische Unternehmen Uniqlo zusätzlich in Vietnam und Kambodscha produzieren.

Insgesamt sind die japanischen Direktinvestitionen auch im letzten Jahr mit einem Volumen von 6,6 Mrd. US\$ gegenüber dem Jahr 2004 von 5,9 Mrd. US\$ deutlich angestiegen. Im Jahr 2003 lagen die Investitionen bei 4 Mrd. US\$, im Jahr 2002 bei 2,6 Mrd. US\$ und im Jahr 2001 bei 2,2 Mrd. US\$. Allerdings verzeichneten die Direktinvesti-

tionen im 1. Halbjahr 2006 einen Einbruch um 31,4% und lagen nur noch bei 2,24 Mrd. US\$.

Chinesische Unternehmen investieren seit kurzem ebenfalls in größerem Umfang in Japan. Aktuell läuft die Vorbereitung zu einer Übernahme der Suntech Power Holding aus der Solarbranche durch MSK Corp. mit einem Volumen von 300 Mio. US\$. Dies wird für 2006/07 geplant und dann die größte Akquisition eines chinesischen Unternehmens in Japan sein. Bisherige Unternehmenskäufe waren dadurch charakterisiert, dass die japanischen Unternehmen Probleme mit dem Überleben hatten und aus diesem Grund durch chinesische Unternehmen relativ günstig erworben werden konnten. Ein Beispiel ist der Kauf einer japanischen Druckmaschinenfabrik und eines Herstellers von Werkzeugmaschinen durch Shanghai Electric Group in den Jahren 2002 und 2004. (JETRO, *Outline of Survey Concerning Impact of Rising Labor Costs on Japanese Companies Operating in Asia*, September 27, 2006; HB, 23.8.06; NfA, 11.9.06)

## Größeres Gewicht für China im IWF

Die Mitglieder des Internationalen Währungsfonds (IWF) haben auf ihrer Jahrestagung Mitte September d.J. eine Erhöhung der China zustehenden Stimmrechte beschlossen. Neben China werden auch andere Länder größere Stimmrechtsanteile erhalten. Hierzu zählen Südkorea, Mexiko und die Türkei. Mit der Erhöhung der Stimmrechte wird China im IWF das sechstwichtigste

Land hinter den USA, Japan, Deutschland, Frankreich und Großbritannien sein.

Mit der Ausweitung der Stimmrechte soll das gestiegene weltwirtschaftliche Gewicht der o.g. Schwellenländer stärker berücksichtigt werden und diese Länder mehr Einfluss im IWF erhalten. Derzeit hat China beispielsweise weniger Stimmrechte als Belgien oder die Niederlande, obwohl Chinas Wirtschaft doppelt so groß wie die beider Länder zusammen ist.

Einige große Entwicklungsländer wie beispielsweise Indien und Argentinien haben dagegen ein zu großes Stimmgewicht in Relation zu ihrer Wirtschaftskraft. Für Indien wird jedoch aufgrund des hohen Wirtschaftswachstums damit gerechnet, dass die weltwirtschaftliche Bedeutung dieses Landes schnell steigen wird, sodass es zu keiner Reduzierung der Anteile Indiens kommen sollte. Ob eine Absenkung der Anteile einiger europäischer Länder erfolgen wird, ist noch unklar.

Die USA unterstützen die Umverteilung der Anteile im IWF und Übertragung größerer Stimmrechte an China. Hierdurch soll das Land gleichzeitig stärker in internationale Verpflichtungen eingebunden werden. Dies ist die Begründung, die Timothy Adams (Under secretary, US Treasury for International Affairs) bezüglich der Unterstützung der US-amerikanischen Regierung für diese institutionelle Änderung gibt: „I would argue that by re-engineering the IMF and giving China a bigger voice, China will have a greater sense of responsibility for the institution's mission.“ (BCC News, 18.9.06; FAZ, 26.8.06; ST, 15.9.06)



## **NDRC fordert höhere Qualität bei ausländischen Investitionen**

Die National Development and Reform Commission (NDRC) veröffentlichte einen Bericht, in dem ein Übergang von einer quantitativen zu einer qualitativen Bewertung der ausländischen Investitionen gefordert wird. Die Betonung soll auf dem Import modernster Technologien und erfahrenen, hoch qualifizierten Managern liegen, statt nur Knappheiten bei Kapital und Devisen kompensieren zu wollen. Insgesamt sollen ausländische Investitionen zwar weiterhin aktiv und effektiv genutzt werden, doch gleichzeitig bestehende Risiken für die nationale Sicherheit vermieden werden.

Aus Sicht der NDRC sollen mehr ausländische Investitionen in Projekte fließen, die dem ökologischen Gleichgewicht dienen, die den Umweltschutz verbessern sowie natürliche Rohstoffe und Energie einsparen. Insgesamt soll die Nutzung ausländischer Investitionen mit der Modernisierung der inländischen Industriestrukturen und Erhöhung des Technologieniveaus verbunden werden.

Die NDRC plädiert in ihrem Bericht weiterhin dafür, die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen so zu setzen, dass von ausländischen Direktinvestitionen kein negativer Einfluss auf die Wirtschaft ausgeht. Notwendig sei die Verbesserung der Anti-Monopol-Gesetzgebung, die Definition von besonders sensiblen Industrien und wichtigen Unternehmen, die von besonderer Bedeutung für die nationale Sicherheit sind. Weiterhin soll der Zugang ausländischer Fonds zum chinesischen Kapitalmarkt ver-

bessert, aber gleichzeitig die Überprüfung und Überwachung von Fusionsfällen in sensiblen Industrien verstärkt werden.

Ausländische Investitionen sollen auch verstärkt in den Agrarsektor geleitet werden. Als Investitionsfelder nennt die NDRC insbesondere ökologische Landwirtschaft, Viehzucht, Hightechbaumethoden, Bio-Energie, moderne Agrarmaschinen und -ausrüstungen etc.

Weiterhin sollen ausländische Investitionen in der Elektronik-, Chemie-, Automobil- und petrochemischen Industrie getätigt werden. Auch an der Restrukturierung der traditionellen Industrien wie Maschinenbau, Leichtindustrie, Textil-, Rohstoff- und Baustoffindustrie sollen ausländische Unternehmen beteiligt werden und sich in Projekten zum Aufbau von Infrastruktureinrichtungen sowie umweltfreundlichen Projekten in Zentral- und Westchina engagieren. Daneben sind Auslandsinvestitionen im Dienstleistungssektor wie Banken, Versicherungen, Wertpapierhandel, Telekommunikation und Transport erwünscht.

Multinationale Unternehmen sollen ermutigt werden, in China Hightechverarbeitungs-kapazitäten und Forschungs-und-Entwicklungs-(F&E-)institute aufzubauen und Ausbildungsstätten zu gründen.

Die NDRC erwartet, dass das Volumen der ausländischen Investitionen weiter ansteigen wird. In der Periode des 10. Fünfjahresplanes (2001-05) absorbierte China insgesamt 383 Mrd. US\$ an Auslandskapital, davon waren 286 Mrd. US\$ ausländische Direktinvestitionen. Weitere 38 Mrd. US\$ wurden durch chinesische Unternehmen, die im Aus-

land Aktien emittiert haben, eingenommen, und 46 Mrd. US\$ waren Auslandskredite.

In den ersten sieben Monaten d.J. sind die ausländischen Direktinvestitionen allerdings gegenüber der Vorjahresperiode leicht zurückgegangen. So lag das Volumen bei 32,7 Mrd. US\$, ein Rückgang um 1,16%.

Im Gegensatz zu der derzeit anzutreffenden kritischen Diskussion über die Gefahren, die durch die wachsende Präsenz ausländischer Unternehmen entstehen, gibt es Stimmen, die für eine größere Öffnung Chinas für Auslandsunternehmen plädieren. So sieht Wang Zhile, Direktor des MOF-COM-Forschungszentrums für Transnationale Korporationen, keinen Grund zur Besorgnis bei einem steigenden Engagement ausländischer Unternehmen in China für die nationale Sicherheit. Er argumentiert, dass bisher keine Branche durch ausländische Unternehmen monopolisiert sei. Die Vorteile, die durch ausländische Investitionen entstehen würden, umfassten dagegen sowohl den Zufluss von Kapital als auch Anstöße für Reformen und die Restrukturierung der staatseigenen Unternehmen. Diese habe zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Unternehmen geführt.

Die Diskussion der Rolle ausländischer Investitionen wurde durch die Übernahmepläne des US-Unternehmens Carlyle Group verstärkt, das das chinesische staatseigene Unternehmen Xugong Construction Machinery kaufen will. (XNA, 2., 15.8.06; SCMP, 10.8.06)

## Neue Regeln für M&A durch Auslandsunternehmen

Das chinesische Handelsministerium (MOF-COM) hat neue Regeln für die Übernahme von inländischen Unternehmen herausgegeben, die seit dem 8. September 2006 in Kraft sind. Die Bestimmungen „Regulations on Acquisition of Domestic Enterprises by Foreign Investors“ ersetzen die bisherigen Regeln vom 12. März 2003. Mit einem Umfang von 61 Artikeln ist das neue Regelwerk umfangreicher als das bisherige, das nur 26 Artikel aufweist.

Aus Sicht vieler ausländischer Marktbeobachter zielen die neuen Bestimmungen darauf, die inländische Industrie in sensiblen Branchen vor Übernahmen besser zu schützen. So sind in den Bestimmungen bereits kartellrechtliche Bestimmungen enthalten, obwohl ein einheitliches Kartellrecht noch nicht verabschiedet ist. Daraus folgt, dass Übernahmen ab eines bestimmten Volumens einer kartellrechtlichen Genehmigung durch MOFCOM und die State Administration of Industry and Commerce (SAIC) benötigen. Der Marktanteil, der bei der Übernahme auf den ausländischen Investor übergeht, darf 25% nicht überschreiten.

Um verdeckte Übernahmen durch chinesische Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen zu vermeiden, werden diese ebenfalls als ausländische Investoren definiert.

Chinesische Unternehmen sollen jedoch auch gegen eine Übernahme vorgehen können, wenn keine Marktbeherrschung vorliegt. So können sie eine Überprüfung bei den jeweiligen Behörden beantragen, über



die innerhalb eines Zeitraumes von 90 Tagen entschieden werden muss.

Neben der Vorgabe eines marktbeherrschenden Anteils sind auch bestimmte Branchen stärker als andere vor Übernahmen geschützt bzw. sind diese Übernahmen genehmigungspflichtig. Dies gilt ebenfalls für chinesische Unternehmen, die eine bedeutende Marke haben. Anzeigepflichtig sind auch Übernahmen von ausländischen Unternehmen, die mehr als 3 Mrd. Yuan (296 Mio. Euro) an Vermögenswerten in China besitzen. Restriktionen bestehen auch bei der Übernahme eines Unternehmen durch einen Aktienumtausch.

Die neuen Regeln könnten dazu führen, dass die derzeit im Prozess befindlichen Übernahmeverhandlungen erschwert werden. Beispielsweise wartet Carlyle, ein privates Aktienunternehmen aus Washington, seit mehr als zehn Monaten auf die Genehmigung der Übernahme des chinesischen Unternehmens Xugong Group Construction Machinery. Dies Unternehmen zählt zu den führenden Herstellern von schweren Ausrüstungsmaschinen in China. Bei der geplanten Übernahme von Xugong handelt es sich im weitesten Sinne um einen „sensiblen“ Sektor. Allerdings zeigt die Diskussion um den Kauf von Zhejiang Supor Cookware durch das französische Unternehmen SEB, dass Unternehmensübernahmen insgesamt noch in einem problematischen Klima ablaufen. So wandten sich einen Monat nach Unterzeichnung des Übernahmevertrages der Konkurrent von Zhejiang Supor Cookware, das Unternehmen ASD, sowie fünf weitere Hersteller von Küchengeräten in einer gemeinsamen Erklärung an die Regierung. Sie

forderten, die Übernahme durch das französische Unternehmen zu verhindern, da hierdurch ein Monopol geschaffen würde.

Die Übernahmevereinbarung sah vor, dass SEB, zu dem die Marken Tefal, Moulinex und Rowenta gehören, einen Anteil von 61% am chinesischen Unternehmen bekommen wird. Aus Sicht von SEB könnte die Übernahme nicht zu einem Monopol führen, da der Markt sehr wettbewerbsintensiv ist. (NfA, 19.9.06; XNA, 10.8., 11.9.06; IHT, 30.8.06; FT, 3., 8., 24.8.06; ST, 14.8.06)

## **Binnenwirtschaft**

Margot Schüller

### **Leitzinserhöhung soll Überhitzung dämpfen**

Mitte August d.J. erhöhte die Zentralbank zum zweiten Mal innerhalb von vier Monaten den Leitzins. Der Zins für Kredite mit einer Laufzeit von einem Jahr wurde um 0,27 Prozentpunkte auf 6,12% angehoben. Bereits im April hatte die Zentralbank nach anderthalb Jahren erstmals die Zinsen angehoben, sodass der Zins für Kredite mit einer Laufzeit von einem Jahr auf 5,85% gestiegen war.

Durch die Zinserhöhung soll das enorme Wachstum der Investitionen gebremst werden. Im 1. Quartal waren die städtischen Anlageinvestitionen um 29,8% und um 31,3% im gesamten 1. Halbjahr gegenüber der Vorjahresperiode gestiegen.

Die Daten für August und September zeigen nach Einschätzung von Qiu Xiaohua,